Diskussionspapier
Forschungsgruppe Amerika
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Patricia Greve
Michael Kolkmann

Die zweite Bush-Administration: Personelle Neubesetzungen und politische Perspektiven

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

Diskussionspapier der FG 4, 2004/ 07, Dezember 2004
SWP Berlin

Inhalt

1. Einleitung.....3

2. Außenpolitik.....3

3. Wirtschaftspolitik.....6

4. Innenpolitik/Innere Sicherheit.....7

5. Ausblick.....9

1. Einleitung

Seit der Wiederwahl von Präsident George W. Bush am 2. November 2004 haben eine Reihe von Regierungsmitgliedern ihre Ämter niedergelegt. Die Neubesetzung dieser Posten durch den Präsidenten könnte auf den geplanten politischen Kurs der zweiten Bush-Administration hindeuten. Vor allem in drei Bereichen wird es zu wichtigen personellen Veränderungen kommen: in der Außenpolitik, in der Wirtschaftspolitik sowie im Bereich Heimatschutz und Justiz.

Veränderungen in der personellen Besetzung einer amerikanischen Regierung nach erfolgreicher Wiederwahl des Präsidenten sind nicht neu. Auch frühere Präsidenten nahmen zahlreiche Änderungen in ihrem Kabinett vor. Präsident Bill Clinton etwa tauschte in den ersten zwei Monaten nach seiner Wiederwahl im Jahre 1996 sieben seiner Kabinettsmitglieder aus, Präsident Jimmy Carter ersetzte im Sommer 1979 im sogenannten „Midsummer Massacre" fünf Minister auf einen Schlag. Aber die Zahl der bereits erfolgten sowie noch zu erwartenden Rücktritte in der Regierung Bush und insbesondere deren Häufung unmittelbar nach der Wahl ist ohne historisches Beispiel. Innerhalb der ersten zwei Wochen nach der Wahl hatten sechs, bis zur zweiten Dezemberwoche 2004 schon neun der insgesamt fünfzehn Minister angekündigt, nicht mehr für eine zweite Amtszeit zur Verfügung zu stehen, darunter die Inhaber von drei zentralen Ministerposten (Außen, Justiz, Heimatschutz). Die verbliebenen sechs Minister (Verteidigung, Finanzen, Arbeit, Inneres, Verkehr sowie Wohnungswesen/Stadtentwicklung) werden auf Wunsch des Präsidenten im Amt bleiben. Aber weitere Rücktritte unterhalb der Kabinettsebene bis zur zweiten Amtseinführung von George W. Bush am 20. Januar 2005 sind nicht ausgeschlossen.

Der ***Economist*** hat die Intensität, mit der über Personen und über ideologische Grabenkämpfe sowie damit angeblich verbundene Politikwechsel innerhalb der Bush-Administration während der letzten Jahre spekuliert wurde, mit der „Kremlinologie" – dem zuweilen verzweifelten Versuch, sowjetische Politik zu entziffern – zur Zeiten des Kalten Krieges verglichen. Gerade bei Präsident Bush, der für seinen persönlichen Regierungs- und Führungsstil bekannt ist und von seinen Mitarbeitern strikte Loyalität einfordert, können Personalentscheidungen aber tatsächlich politische Prioritäten andeuten Wie sehen die bisher vorgenommenen Weichenstellungen in der Personalpolitik aus? Mit welcher Mannschaft geht Bush seine zweite Amtszeit an? Und welche möglichen politischen Konsequenzen ergeben sich aus dieser Personalpolitik? In drei wesentlichen Bereiche amerikanischer Politik, die in den nächsten vier Jahren sowohl in der politischen Debatte in den USA als auch in den deutsch-amerikanischen und transatlantischen Beziehungen eine zentrale Rolle spielen werden, sollen hier die bisherigen Personalentscheidungen betrachtet werden: in der Außenpolitik, der Wirtschafts- und Finanzpolitik und dem Bereich des Heimatschutzes.

2. Außenpolitik

Die bislang einschneidendste Personalentscheidung aus internationaler Perspektive ist der Rücktritt von Außenminister **Colin Powell** sowie die Berufung der bisherigen Nationalen Sicherheitsberaterin **Condoleezza Rice** zu seiner Nachfolgerin. Rices bisheriger Stellvertreter im Nationalen Sicherheitsrat, **Stephen Hadley**, ist der designierte neue Leiter des Nationalen Sicherheitsrates. Als Nationale Sicherheitsberaterin hat Rice nach Einschätzung politischer Beobachter nicht immer glücklich agiert. Kritiker werfen ihr vor, die vorrangige Aufgabe dieser Position nicht ausgefüllt zu haben, nämlich das Zusammenfassen und Vermitteln von außenpolitischen Prioritäten innerhalb der Administration sowie die Formulierung und Artikulation von alternativen Handlungsoptionen und Empfehlungen. Die Botschaft, die Bush mit der Ernennung von Rice zur Außenministerin

aussendet, lautet: unbedingte Loyalität scheint für Bush wichtiger zu sein als unterschiedliche Ansätze profilierter Experten.

In ihren Anhörungen vor dem Senat wird Rice kritische Fragen zu ihrer Reaktion auf Warnungen vor Terroranschlägen vor dem 11. September, aber auch zu ihren Aussagen zu Irak vor dem Krieg 2003 beantworten müssen. (Stephen Hadley, dem als ihr früherer Stellvertreter ähnliche Fragen gestellt werden könnten, benötigt als Nationaler Sicherheitsberater nicht die Zustimmung des Senats.)

Mit dem Rücktritt Colin Powells steht auch die zweite Führungsebene des Ministeriums zur Disposition: Neben der Position des Vize-Außenministers (bisher von Richard Armitage, einem engen Vertrauten Colin Powells, eingenommen), sind auch eine Reihe bedeutender ***Assistant***- und ***Undersecretary***-Posten (mit jeweils regionalem bzw. thematischem Schwerpunkt) neu zu besetzen. Dieses sind wichtige Positionen innerhalb der Hierarchie des Außenministeriums. An den Besetzungen wird abzulesen sein, wie Rice ihr Ministerium zu führen gedenkt. Vize-Präsident Cheney und der ehemalige Außenminister James Baker haben mit ***Undersecretary of State for Arms Control and International Security*** John Bolton einen ausgewiesenen Hardliner für das Amt des Vize-Außenministers ins Spiel gebracht. Beobachtern zu Folge wird Rice aber eher dem Rat ihres früheren Mentors Brent Scowcroft und Mitarbeitern des Nationalen Sicherheitsrates folgen und – auch um sich nicht gegen den traditionell gemäßigteren ***Foreign Service*** zu stellen – den Posten nicht mit Bolton besetzen.

Auch wenn der Abgang Colin Powells für viele internationale Beobachter ein Verlust einer der moderatesten Stimmen der Republikanischen Administration bedeutet, müssen sich die transatlantischen Beziehungen unter einer Außenministerin Rice nicht zwangsläufig weiter verschlechtern. Sie hat das Ohr des Präsidenten, und ihre Loyalität (aus Überzeugung, nicht aus Pflichtgefühl) gegenüber seiner Politik steht außer Frage. Ihre Äußerungen werden präsidentielle Politik sein; Mißverständnisse oder enttäuschte auf sie projizierte Hoffnungen von Seiten internationaler Alliierter und Partner wird es weniger geben. Allerdings wird sie in der Tat (anders als Powell) keinen moderierenden Einfluß auf den Präsidenten haben.

Der designierte Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates, Stephen Hadley, ist, wenn auch international noch kaum bekannt, Mitglied des außenpolitischen Establishments und verfügt über langjährige Erfahrung. Als Vertreter von Condoleezza Rice hat er an Entwürfen der ***National Security Strategy*** 2002 mitgearbeitet und war Teil eines internen ***Policy Review Teams*** zur Irak-Politik im Winter und Frühjahr 2002. Hadley war einer der sogenannten „Vulcans" – des außenpolitischen Beraterteams George W. Bushs in der Vorbereitung und während des Wahlkampfs 2000. Unter Präsident George H. W. Bush und Verteidigungsminister Cheney war er ***Assistant Secretary of Defense*** und insbesondere mit der NATO- und Nuklearwaffen-Politik befaßt. Der gelernte Jurist (***Yale Law School***) war zuvor Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates unter Brent Scowcroft in der Ford-Administration und einer der Autoren des Reports der ***Tower Commission***, die Mitte der achtziger Jahre zur Untersuchung der Iran-Contra-Affäre eingesetzt worden war. Stephen Hadley ist weniger als Stratege und Visionär, denn als Vermittler und Verhandler bekannt. Eines seiner zentralen Themen ist ***National Missile Defense***. Sein Verhältnis zum Präsidenten ist nicht so persönlich und eng wie im Fall von Condoleezza Rice, aber er ist als äußerst loyaler Mitarbeiter bekannt. Die 9/11-Kommission hat Hadley sehr kritisch beurteilt. Denn u. a. vertrat Hadley die Position, daß die Politik gegenüber Al Qaida nur in einem größeren regionalen Zusammenhang gesehen und formuliert werden könnte, und hat damit zu verzögerten Reaktionen auf Terrorwarnungen vor dem 11. September beigetragen. Einer breiteren Öffentlichkeit ist Hadley bekannt geworden, als er 2003 die Verantwortung dafür übernahm, daß Präsident Bush in seiner ***State of the Union***-Rede behauptete, der Irak habe nukleares Material im Niger gekauft. Hadley gab zu, zwei Memoranden von der CIA erhalten zu haben, die die Beweise dafür als schwach einstuften.

Schon im Herbst 2004 hatte Bush mit **Porter Goss**, einem ehemaligen Kongreßabgeordneten und zeitweiligen Vorsitzenden des Geheimdienstausschusses im Repräsentantenhaus, einen neuen CIA-Direktor berufen, nachdem der noch von Präsident Bill Clinton ins Amt berufene George Tenet im Sommer 2004 zurückgetreten war. Bislang ist die Amtszeit von Goss als CIA-Direktor von tiefen Zerwürfnissen mit ranghohen Mitarbeitern der CIA geprägt gewesen. Mehr als ein halbes Dutzend Mitarbeiter in Leitungspositionen haben in der Zwischenzeit die CIA verlassen. Für Aufsehen sorgte Goss, als er in einem Memo an die Mitarbeiter seiner Einrichtung darauf verwies, er sei angetreten, um den politischen Willen des Weißen Hauses auszuführen. Bislang, so argumentieren Kritiker, war die Arbeit der CIA-Mitarbeiter von Überparteilichkeit geprägt. Informationen soll-

ten gesammelt und aufbereitet, nicht aber im Sinne einer bestimmten politischen Richtung interpretiert werden.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Reform der Geheimdienste in der ersten Dezemberhälfte ist der Posten eines ***Directors for National Intelligence*** (DNI) geschaffen worden. Noch hat Präsident Bush keinen Kandidaten für dieses Amt ernannt. Fraglich ist angesichts der bisherigen Amtszeit von Goss, ob Bush plant, ihn zum DNI zu berufen. Als CIA-Direktor wäre er der nächstliegende Kandidat. Möglich erscheint aber auch, daß Bush nach der Vorlage eines Untersuchungsberichts über die Arbeit der CIA, dessen Veröffentlichung für März 2005 vorgesehen ist, einen klaren Schnitt machen will und einen externen Kandidaten beruft. Solche Kandidaten wären etwa Thomas Kean, einer der beiden Vorsitzenden der 9/11-Kommission, oder Senator Joseph Lieberman aus Connecticut, der in außenpolitischen wie Geheimdienstfragen als Experte gilt und zudem den Vorteil böte, mit seiner Berufung das Element der überparteilichen Zusammenarbeit zu stützen, das Bush im Wahlkampf gleichermaßen eingefordert wie versprochen hat.

Am wenigsten von personellen Um- oder Neubesetzungen wird das Verteidigungsministerium betroffen sein. Dabei war es in den letzten Jahren wiederholt zu Spekulationen gekommen, Verteidigungsminister **Donald Rumsfeld**, dessen Name in der (Welt-)Öffentlichkeit am engsten mit dem Folter-Skandal in ***Abu Ghureib***, mit dem umstrittenen Gefangenenlager in Guantánamo Bay und den Problemen im Nachkriegs-Irak verbunden ist, könnte vorzeitig abgelöst werden. Während Rumsfeld, der nach dem Titel des jüngsten (unter Gerald Ford) auch den des ältesten Verteidigungsministers (mit nunmehr 72 Jahren) hält, eigenen Aussagen zufolge plant, die gesamten vier Jahre im Amt zu bleiben, scheint sich der Präsident noch nicht festgelegt zu haben. Die Entscheidung George W. Bushs, an seinem Verteidigungsminister zunächst festzuhalten, ist jedenfalls ein Signal, daß die militärische Strategie im Irak und der „Krieg gegen den Terror“ wie bisher geführt werden. Rumsfelds oberste Priorität scheint auch nicht mehr unbedingt die Situation im Irak zu sein. Hier hat er wesentliche Aufgaben an seine Untergebenen delegiert. Vielmehr steht zu erwarten, daß sich Rumsfeld in den nächsten Jahren verstärkt der Transformation der amerikanischen Streitkräfte zuwenden dürfte. Im Blick hat Rumsfeld dabei insbesondere die dem Kongreß vorzulegende, vierjährliche ***Defense Review***, deren nächster Termin im Frühjahr 2006 liegt. War Rumsfeld bei der letzten ***Review*** im September 2001 mit gerade einmal acht Monaten zu kurz im Amt, um die ***Review*** maßgeblich mitprägen zu können, so wird er dieses Mal seine Vorstellungen von einer „Armee der Zukunft“ in der ***Review*** kodifizieren. Im Mittelpunkt stehen dürfte dabei der Abschied von einer ausschließlich gegen konventionelle Streitkräfte zu führende militärische Aktionen und eine Hinwendung zu Aktionen, die besser geeignet sind, Guerilla-Aktivitäten sowie mögliche Attacken mit ABC-Waffen zu bekämpfen.

Auch in der zweiten und dritten Reihe der zivilen Führung im Verteidigungsministerium scheint es, zumindest für die nächste Zeit, keine Änderungen zu geben. Mit Vize-Verteidigungsminister **Paul Wolfowitz**, ***Undersecretary for Policy*** **Douglas Feith** und **William J. Luti**, ***Deputy Undersecretary for Near Eastern and South Asian Affairs***, werden prominente außenpolitische Hardliner in ihren jeweiligen Ämtern bleiben.

Aus dem Amt geschieden ist jedoch nach nur fünf Monaten Amtszeit der US-Botschafter bei den Vereinten Nationen in New York, **John Danforth**. Zwar hat Danforth vorrangig persönliche Gründe für sein Ausscheiden genannt, doch hat er während seiner Amtszeit auch keinen Hehl aus seiner Unzufriedenheit über zu strikte politische Vorgaben des Außenministeriums für seine Arbeit bei den Vereinten Nationen gemacht. Ebenso zeigte er sich enttäuscht über die UN-internen Schwierigkeiten, aufgrund des multilateralistischen Ansatzes der Organisation handlungsfähige politische Initiativen auf den Weg zu bringen, etwa im Falle der Krisensituation im Sudan. Im September 2001 war Danforth von Bush zum Sonderbeauftragten für den Sudan ernannt worden. Zuletzt hatte er sich Hoffnungen auf eine Berufung zum Außenminister gemacht.

Insgesamt gilt für den Bereich der Außenpolitik, daß es sich eher um Personalverschiebungen, eher um Versetzungen als um Neubesetzungen handelt. Neben der Tatsache, daß Verteidigungsminister Rumsfeld und der Großteil der zivilen Führung in seinem Ministerium im Amt bleiben wird, und daß Condoleezza Rice zum Außenministerium wechselt, ist für die Außenpolitik dieser Regierung auch das Amt des Vize-Präsidenten von herausragender Bedeutung. **Richard Cheney** hat wie schon zu Beginn der ersten Amtszeit von George W. Bush auch dieses Mal Beobachtern zu Folge außenpolitische Personalentscheidungen vorangetrieben. Er wird auch in

den kommenden vier Jahren mit seinem eigenen Beraterstab aktiv an außenpolitischen Diskussionen und Entscheidungen teilnehmen. Es ist also zu erwarten, daß die grobe Richtung der Außenpolitik beibehalten wird und sich die Tendenz zum ***groupthink*** fortsetzt. Externer Druck (Situation im Irak; wirtschaftliche Probleme der USA) mag zu einem zum Teil veränderten Stil führen, aber die große strategische Ausrichtung wird dadurch nicht in Frage gestellt werden.

3. Wirtschaftspolitik

Der ausgeschiedene Wirtschaftsminister **Donald Evans**, der aus familiären Gründen nach Texas zurückkehrt, wird ersetzt durch den früheren Kellogg-Vorstandschef **Carlos M. Gutierrez**. Seine Berufung wird als weiteres Signal an die Latino-Gemeinschaft in den Vereinigten Staaten verstanden, nachdem mit Alberto Gonzales bereits ein Latino zum zukünftigen Justizminister berufen wurde (siehe unten). Gutierrez ist zudem die erste Neuberufung seit dem Wahlsieg von Präsident Bush, der zuvor nicht als Mitarbeiter im Weißen Haus gearbeitet hat. Auffällig ist auch, daß mit Gutierrez ein Mann den Wirtschaftsposten übernimmt, mit dem Bush persönlich kaum bekannt ist; üblicherweise wird dieser Posten mit einem Vertrauten des Präsidenten besetzt. Aber die Berufung von Gutierrez dürfte nur der erste Schritt auf dem Weg zur Neuformierung des wirtschaftspolitischen Teams von Präsident Bush gewesen sein.

Für mehrere Wochen war nach der Wahl das Schicksal von Finanzminister **John Snow** fraglich. Für Aufmerksamkeit sorgte eine Aussage eines Bush-Vertrauten, daß Snow im Kabinett verbleiben könne, vorausgesetzt es sei nicht allzu lange. Diese Äußerung wurde so interpretiert, daß eine Ablösung von Snow nur eine Frage der Zeit sei. Snow gilt als loyaler Mitarbeiter von Präsident Bush, der zudem über gute Beziehungen zu Unternehmensführern verfügt. Allerdings wurde ihm im Wahlkampf und erst recht nach der gewonnenen Wiederwahl vorgeworfen, mit seiner zurückhaltenden und defensiven Amtsführung nicht der richtige Mann zu sein, um in Bushs zweiter Amtszeit Unterstützung für dessen ambitionierte Projekte in der Öffentlichkeit und im Kongreß zu gewinnen. Konservative Interessengruppen sowie Experten einiger Think Tanks wie der ***Heritage Foundation*** oder dem ***Cato Institute*** drängten darauf, mit dem Texaner Phil Gramm ein politisches Schwergewicht zum Finanzminister zu nominieren. Ihm hätten sie eher als Snow zugetraut, wichtige finanz- und wirtschaftspolitische Vorhaben der Administration durch den Kongreß zu bringen, dem Gramm selbst über 20 Jahre angehörte, bevor er sich im Jahre 2002 entschloß, nicht zur Wiederwahl anzutreten. Nachdem Berater des Weißen Hauses einem hochkarätigen Firmenchef der Wall Street angeboten hatten, neuer Finanzminister zu werden und dieser das Angebot ausschlug, hat Bush am 8. Dezember Snow gebeten, auch in der zweiten Amtszeit seinem Kabinett anzugehören. Offen ist jedoch, für wie lange Snow dem Kabinett angehören wird. Bereits vor der Wahl hatte er signalisiert, nicht die gesamte zweite Amtsperiode von Präsident Bush Finanzminister bleiben zu wollen.

In einer weiteren Hinsicht wird es in der Wirtschafts- und Finanzpolitik in absehbarer Zeit zu Veränderungen in der Zusammensetzung der Administration kommen. Der Vorsitzende der amerikanischen Notenbank, **Alan Greenspan**, muß laut Gesetz im Januar 2006 seinen Posten, den er seit 18 Jahren inne hat, aufgeben. Die Bestimmung seines Nachfolgers könnte Beobachtern zu Folge Präsident Bushs weitreichendste ökonomische Entscheidung im nächsten Jahr werden. Als mögliche Nachfolger werden der ehemalige Reagan-Berater und jetzige Harvard-Professor Martin S. Feldstein, aber auch der Dekan der Columbia University Business School und Architekt von Bushs Steuersenkungen, R. Glenn Hubbard, genannt.

Detailliertere Schwerpunkte der künftigen Wirtschaftspolitik sowie deren Umsetzung dürften auf einer Konferenz diskutiert werden, die Präsident Bush für Mitte Dezember 2004 einberufen hat. Zu dieser Konferenz werden mehrere hundert Unternehmer erwartet. Bereits zu Beginn seiner ersten Amtszeit hatte Bush zu einer ähnlichen Konferenz nach Texas eingeladen.

Bei den erwähnten Ministerberufungen muß berücksichtigt werden, daß die Kabinettsmitglieder in den Ver-

einigten Staaten keine so zentrale Stellung einnehmen wie die Minister in der Bundesrepublik. In der amerikanischen Verfassung heißt es knapp: „Der Präsident ist die Exekutive“. Kabinettsmitglieder üben lediglich eine dienende und unterstützende Funktion für den Präsidenten aus. So überrascht es nicht, daß bereits Präsident Clinton sein Kabinett in der Regel nur aus informationspolitischen oder sozialen Gesichtspunkten zusammengerufen hat; Präsident Bush ist in den ersten vier Jahren seiner Amtszeit nicht viel anders verfahren. Im englischen Sprachgebrauch firmieren die Kabinettsmitglieder in den USA konsequenterweise nicht als Minister, sondern als ***Secretaries***, Sekretäre. Im Zweifelsfall wird die letztgültige Entscheidung im Exekutivbereich vom Präsidenten alleine gefällt. Für die bisherige Amtszeit von Präsident Bush gilt dies für den Wirtschaftsbereich in besonderem Maße. Statt des Wirtschafts- und Finanzministers dominierten in erster Linie andere Personen und Gremien die Formulierung der amerikanischen Wirtschaftspolitik. Hier ist zunächst der ***National Economic Council*** (NEC) zu nennen. Gegründet wurde der ***Council*** von Präsident Clinton nach dem Beispiel des National Security Council angesichts der in den 1990er Jahren außenpolitisch zunehmend wichtiger werdenden wirtschaftlichen Fragen. Der bisherige Chefökonom Bushs und Leiter des NEC während der letzten beiden Jahre, Stephen Friedman, war Mitte November zurückgetreten. Auch der Rücktritt des Leiters des zweiten wichtigen wirtschaftlichen Beratergremiums, des seit 1946 bestehenden ***Council of Economic Advisers***, N. Gregory Mankiw, wird für die nächsten Wochen erwartet; Mankiw will Berichten zufolge als Professor an die Harvard University zurückkehren. Nachdem Bush Finanzminister Snow bis auf Weiteres im Amt belassen hat, erhöht sich der Druck auf ihn, für die beiden erwähnten Beratergremien ausgemachte Experten zu finden, die sein wirtschaftspolitisches Programm „verkaufen“ können. Sollte ihm dies gelingen, so würde die Wirtschafts- und Finanzpolitik wie bereits zuvor zentral aus dem Weißen Haus heraus gesteuert werden, nicht jedoch durch die dafür zuständigen Ministerien. Unter Snow wird sich das in den 1980er und 1990er so mächtige Finanzministerium wohl hinsichtlich seiner politischen Bedeutung weiter selbst marginalisieren. Für eine fortgesetzte Steuerung der Wirtschaftspolitik aus dem Weißen Haus heraus spricht auch, daß mit Bushs innenpolitischem Chefberater Karl Rove und dem Leiter des Office of Management Budget, Joshua B. Bolten, zwei wichtige, langjährige Mitarbeiter von Präsident Bush in dessen zweiter Amtszeit in ihren Ämtern verbleiben.

Insgesamt läßt sich konstatieren, daß die Wirtschaftspolitik von Präsident Bush in den letzten vier Jahren darunter gelitten hat, daß die Administration über kein prominentes, öffentlichkeitswirksames Mitglied verfügte, das die wirtschaftspolitischen Projekte des Präsidenten selbstbewußt und effektiv vor dem Kongreß wie in der Öffentlichkeit vertreten konnte. Mit den Reformideen von Präsident Bush verband sich kein Gesicht. Einen solchen Experten in die Administration zu holen, scheint für die engsten Mitarbeiter George W. Bushs wie für den Präsidenten selbst für die zweite Amtszeit um so wichtiger zu sein, als sich die Administration mit der Reform der Altersvorsorge, einer Vereinfachung des Steuersystems sowie der Begrenzung von Schadenssummen in Schadensersatzprozessen inhaltlich weitreichende und finanzintensive innen- und wirtschaftspolitische Prioritäten gesetzt hat.

Aber unabhängige Persönlichkeiten hatten es in der ersten Amtszeit Bushs schwer. Bushs erster Finanzminister Paul O’Neill schaffte es nur gelegentlich, sich mit seinen politischen Vorstellungen gegen den engsten Mitarbeiterzirkel des Präsidenten durchzusetzen. Als er nach zwei Jahren diskret zum Rücktritt aufgefordert wurde, schied zeitgleich mit ihm auch Lawrence Lindsey, damals der Chefökonom Bushs, aus dem Amt. So überrascht es nicht, daß namhafte Ökonomen wie James Poterba vom ***Massachusetts Institute of Technology*** oder John Cogan von der ***Stanford University*** unmittelbar nach der Wahl Anfang November Angebote des Weißen Hauses für herausgehobene Positionen in der Administration abgelehnt haben.

4. Innenpolitik/Innere Sicherheit

Ende November 2004 hatte der amtierende Minister für Heimatschutz und frühere Gouverneur von Pennsylvania **Tom Ridge** bekanntgegeben, daß er von seinem Amt zurücktreten werde, um in den privaten Sektor zu

wechseln. Als Nachfolger für Ridge war zunächst der frühere New Yorker Polizeichef, **Bernard B. Kerik**, vorgesehen. Aufgrund seiner bisherigen Laufbahn hätte sich Kerik deutlich lautstärker als sein Vorgänger Ridge in die politische Debatte eingemischt. Nur wenige Tage nach seiner Berufung gab Kerik Mitte Dezember bekannt, daß er sich aus dem Nominierungsprozeß zurückziehen würde. Offiziell gab er für seinen Rückzug sein Versäumnis an, für ein von ihm beschäftigtes, illegal eingewandertes Kindermädchen keine Sozialabgaben bezahlt zu haben. Kritiker Keriks vermuten jedoch weitere Gründe, die dessen vorzeitigen Rückzug auch aus Sicht des Weißen Hauses als vorteilhaft erschienen ließen. Kerik, der ein enges Verhältnis zum ehemaligen Bürgermeister von New York, Rudy Giuliani, unterhält und als Redner beim New Yorker Parteitag der Republikaner auftrat, war im Mai 2003 von der Administration nach Bagdad geschickt worden, um die irakische Polizei aufzubauen. Er kehrte früher als ursprünglich geplant schon Anfang September 2003 in die USA zurück; Beobachtern zu Folge war er gelegentlich mit der amerikanischen militärischen Führung aneinander geraten. Der Erfolg seiner Mission ist umstritten. Präsident Bush erwähnte Keriks Irak-Aufenthalt in seiner Vorstellung des zukünftigen Heimatschutzministers bezeichnenderweise mit keinem Wort. Zudem soll Kerik Kontakte zum organisierten Verbrechen in New Jersey unterhalten haben sowie in den 1990er Jahren mehrfach in finanzielle Schwierigkeiten geraten sein.

Derzeit ist offen, wen Präsident Bush zum neuen Heimatschutzminister berufen wird. Sicher ist jedoch, daß die Bürokratie des Heimatschutzministeriums, das aus 22 Regierungsbehörden gebildet wurde und mit 180.000 Mitarbeitern viermal so groß ist wie die New Yorker Polizei, im Zaum zu halten, für keinen Amtsinhaber eine leichte Aufgabe sein wird.

Ähnlich wie Rice ist **Alberto Gonzalez**, der designierte Justizminister für die zweite Amtszeit, ein langjähriger Mitarbeiter Bushs; er beriet ihn bereits zu seiner Zeit als Gouverneur von Texas. Zusammen mit Bush kam Gonzales, der als äußerst loyal gilt, im Jahr 2000 nach Washington. Der Sohn mexikanischer Einwanderer, der als einziger in seiner Familie zum College ging und einen Jura-Abschluss von der ***Harvard Law School*** hat, ist von seinem Hintergrund und Naturell nicht mit dem scheidenden Justizminister Ashcroft zu vergleichen. Ashcroft konnte auf eine lange politische Karriere zurückblicken, polarisierte mit öffentlichen Auftritten und galt als Inbegriff konservativer Exzesse der Bush-Administration. Gonzalez hatte vor 1994, als er anfing, für George W. Bush im Rahmen dessen Gouverneurs-Wahlkampf zu arbeiten, keine politische Erfahrung. Er war mehrere Jahre als Wirtschaftsanwalt tätig und gilt als undogmatisch. Auch als ***White House Counsel*** während der letzten vier Jahre operierte er zumeist im Hintergrund und fiel eher durch strenge Loyalität als durch Ideologie auf. Er geriet zuweilen mit Ashcroft aneinander, z. B. über den Fall zu dem ***affirmativ-action***-Verfahren an der Universität Michigan im Jahre 2003. Von Konservativen wird Gonzalez wegen seiner unterstützenden Haltung zu ***affirmative action*** und seinen Ansichten zur Abtreibung skeptisch gesehen. (Als kurzzeitiger Richter am ***Supreme Court*** von Texas hatte Gonzalez das Recht eines Mädchens auf Abtreibung ohne Wissen der Eltern unter bestimmten Umständen unterstützt.) Gonzalez ist kein konservativer Aktivist, und nach vier Jahren Ashcroft begrüßen einige Demokraten seine Nominierung zum Justizminister. Seine Anhörungen vor dem Senat werden jedoch nicht reibungslos verlaufen, und Beobachter geben zu denken, daß Gonzalez keineswegs so moderat ist, wie ihn z. B. die Christliche Rechte darstellt. Als ***White House Counsel*** hat er eine Schlüsselrolle für einige sehr kontroverse Entscheidungen der Bush-Administration gespielt: Er formulierte und verteidigte die Politik der Militärtribunale und die Entscheidung, Gefangenen in Guantánamo Bay nicht den Status von Kriegsgefangenen zuzugestehen. Auch seine Rolle im Folterskandal von ***Abu Ghureib*** wird bei den Anhörungen eine Rolle spielen: Er wird sich fragen lassen müssen, ob sein Memo an den Präsidenten, in dem er die Genfer Konventionen als „obsolet“ und „kurios“ bezeichnete, mit die Voraussetzungen für die Folterungen schaffte. War Ashcroft ideologischer und polarisierender, so wird Gonzalez vielleicht gerade durch seinen zurückhaltenden Stil effektiver für die Regierung und für eine konservative Agenda agieren können. Die Tatsache, daß Gonzalez auch von dem konservativen Establishment und insbesondere von der Christlichen Rechte nicht als beste Wahl für den Posten des Justizministers angesehen wird, könnte, so Ryan Lizza in der ***New Republic***, bedeuten, daß ein deutlich konservativerer Kandidat als Gonzalez, der zeitweilig auch als Richter am ***Supreme Court*** im Gespräch war, an den höchsten Gerichtshof berufen werden wird. Daß Gonzalez nicht an den ***Supreme Court*** geht, wäre dann der erste große Erfolg für die Christliche Rechte gewesen.

5. Ausblick

Die Ausrichtung der zweiten Bush-Regierung scheint klar zu sein: statt mit externen Experten umgibt sich Bush noch stärker als zuvor mit loyalen Gefolgsleuten. Die Politikformulierung wird dabei stärker noch als bisher im Weißen Haus stattfinden, nicht in den entsprechenden Ministerien. Dies gilt insbesondere für die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Hier wird Bush versuchen, mit einem kleinen, loyalen Team die Wirtschaftspolitik so zu gestalten, wie Bush es bereits in der ersten Amtszeit mit Rice, Rumsfeld und Cheney in Bezug auf die Außenpolitik praktiziert hat. Die Entsendung von bisherigen Mitarbeitern des Weißen Hauses in diverse Ministerien dürfte nicht zu einer Stärkung dieser Ministerien im Rahmen des Politikformulierungsprozesses beitragen, im Gegenteil wird die Reichweite des Einflusses des Weißen Hauses auf diese Art weiter ausgebaut. Stärker als zuvor dürften Bushs Minister die vom Weißen Haus vorgegebene Politik verkaufen müssen, selber gestalten dürften sie wohl nur in seltenen Ausnahmefällen. Die Wahrscheinlichkeit für Präsident Bush, unterschiedliche Optionen, ja Kritik zu hören, sinkt mit den bislang bekannt gewordenen Neubesetzungen beträchtlich.

Insgesamt sollte die Neubesetzung der offenen Posten für Präsident Bush nicht allzu lange dauern. Er dürfte ein Jahr haben, um die von ihm präferierten Themen auf der politischen Agenda zu platzieren sowie ein weiteres Jahr haben, um seine Prioritäten umzusetzen. Spätestens mit der Zwischenwahl von 2006 dürfte er als ***Lame Duck*** gelten. Je schneller er derzeit seine neue Mannschaft handlungsfähig macht, desto schneller können die erwähnten Reformen angegangen werden.

Dabei sollte nicht übersehen werden, daß sich bei einigen Kandidaten für die höheren Ämter der Nominierungsprozeß noch beträchtlich in die Länge ziehen kann. So ist etwa Ende November bekanntgeworden, daß die Anhörung der designierten Außenministerin Condoleezza Rice vor dem Auswärtigen Ausschuß des Senats von Dezember 2004 in den Januar 2005 verschoben worden ist. Auch hinsichtlich des Kandidaten für das Amt des Justizministers, Alberto Gonzalez, dürften die Demokraten diffizile Fragen haben, etwa zu dessen Wissen im Zusammenhang mit der ***Abu Ghureib***-Affäre. Hinzu kommt, daß ein Großteil der Regierungsarbeit auf der Subkabinetts-Ebene läuft und derzeit noch nicht abzusehen ist, in welcher Zahl es auf dieser Ebene zu Rücktritten gekommen ist bzw. noch kommen wird. Aber die Erfahrung aus vorangegangenen erfolgreichen Wiederwahlbemühungen zeigt, daß die Zahl der vom Senat zu bestätigenden Kandidaten für gewöhnlich bei mehreren hundert liegt. In der Transition zu Präsident Bushs erster Amtszeit dauerte die Berufung und Bestätigung durch den Senat bei Subkabinetts-Positionen durchschnittlich neun Monate. Erleichtert wird dieser Prozeß nicht gerade durch die hohen Hürden, die jeder Kandidat überspringen muß, bevor er bestätigt wird. So muß ein Kandidat mehr als 60 Seiten an Formularen ausfüllen und etwa 240 Fragen beantworten und eine Fülle an Material zu seiner wirtschaftlichen und finanziellen Situation sowie zum Beispiel ihren Auslandsreisen aufbringen. So überrascht es nicht, daß sich die Dauer des jeweiligen Transitionsprozesses – sowohl für erste als auch für zweite Amtszeiten – seit 1961 kontinuierlich erhöht hat. Von Kritikern wie dem Brookings-Wissenschaftler Paul C. Light wird daher bereits seit mehreren Jahren eine gründliche Reform bzw. Entschlackung des Nominierungsprozesses gefordert. Die große Zahl an nahezu gleichzeitigen Abgängen aus seinem Kabinett bietet jedoch für Bush die Möglichkeit, den Neuberufungsprozeß zeitlich möglichst eng zusammenzufassen und nicht in mehrere Monate dauern zu lassen.